

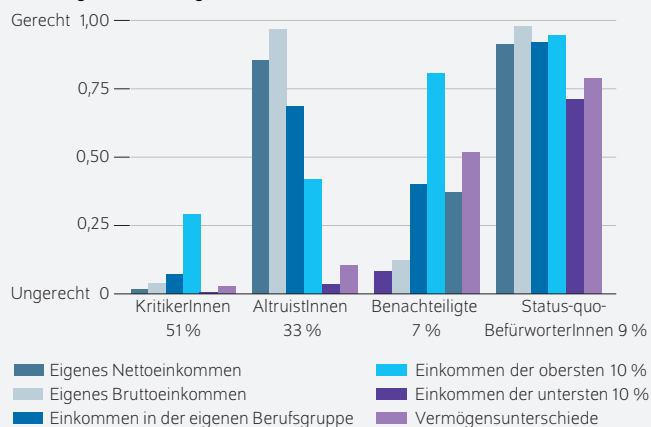
Gerechtigkeitsprofile in Europa: Große Unterschiede bei der Bewertung von Ungleichheit

Von Cristóbal Moya und Jule Adriaans

- Aktuelle Befragungsdaten zeigen: Die Sorge um soziale Gerechtigkeit ist in der europäischen Bevölkerung weit verbreitet
- Befragte lassen sich vier unterschiedlichen Gerechtigkeitsprofilen zuordnen: KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen
- KritikerInnen identifizieren Ungerechtigkeiten in vielen Bereichen und sind vor allem in Osteuropa vorherrschend
- AltruistInnen, die ihre eigene Situation als gerecht, die der anderen aber als ungerecht bewerten, dominieren in den nord- und westeuropäischen Ländern
- Die zahlenmäßig kleineren Gruppen der Benachteiligten und Status-quo-BefürworterInnen unterstützen Umverteilung weniger stark

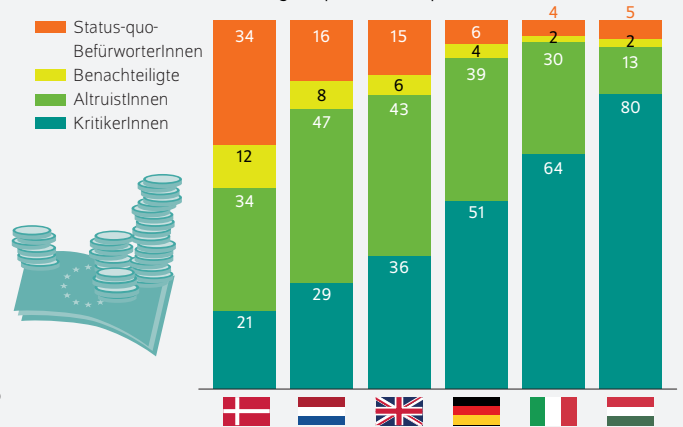
Während in Osteuropa KritikerInnen dominieren, stellen in Nord- und Westeuropa AltruistInnen den größten Anteil

Gerechtigkeitsbewertungen der Profile



Quelle: Eigene Darstellung; Daten: ESS-Welle 9 (v 3.1).

Gerechtigkeitsprofile in Europa



© DIW Berlin 2022

ZITAT

„Politische Antworten auf Ungleichheit sollten unterschiedliche Gerechtigkeitsprofile berücksichtigen. Bei einem großen Anteil von KritikerInnen in einem Land sollten Maßnahmen ergriffen werden, von denen eine breite Mehrheit profitiert. Wenn AltruistInnen und Benachteiligte dominieren, sollten zielgenauere Interventionen umgesetzt werden.“

— Jule Adriaans —

Gerechtigkeitsprofile in Europa: Große Unterschiede bei der Bewertung von Ungleichheit

Von Cristóbal Moya und Jule Adriaans

ABSTRACT

Die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen wird in Europa intensiv diskutiert. Obwohl es für die Gestaltung von Sozialpolitik eine große Rolle spielt, ob Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht angesehen werden, ist bisher wenig erforscht, wie BürgerInnen diese Ungleichheiten im Einzelnen bewerten. Um diese Lücke zu schließen, werden die Antwortprofile untersucht, die den Gerechtigkeitsbewertungen von Einkommen und Vermögen im European Social Survey (2018/2019) zugrunde liegen. Unter europäischen Erwerbstätigen werden vier solcher Gerechtigkeitsprofile identifiziert: Die Profile KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen unterscheiden sich in Bezug darauf, ob und wo in der Einkommens- und Vermögensverteilung sie Ungerechtigkeiten feststellen. Die meisten Befragten gehören entweder zu den KritikerInnen, die Ungerechtigkeiten in allen Bereichen feststellen und Umverteilung befürworten, oder zu den AltruistInnen, die ihre eigene Situation als gerecht, die gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensunterschiede jedoch als ungerecht bewerten. Die weit verbreitete Sorge um soziale Gerechtigkeit sollte politisch aufgegriffen werden. Bei der Gestaltung länderspezifischer politischer Maßnahmen sollte jedoch berücksichtigt werden, wo in der Vermögens- und Einkommensverteilung Ungerechtigkeiten identifiziert werden.

ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen haben Einkommens- und Vermögensungleichheiten in den letzten zehn Jahren intensiv diskutiert.¹ Im Gegensatz zu der Bedeutung, die dem Oberthema Ungleichheit im politischen Diskurs beigemessen wird, scheint BürgerInnen weniger die Existenz von Ungleichheit per se zu stören, sondern vielmehr Ungerechtigkeit.² Dabei bewerten Menschen die Ungerechtigkeit einer Reihe von Gütern, zum Beispiel Einkommen und Vermögen. Diese Bewertungen können sie selbst betreffen (beispielsweise ihr eigenes Einkommen) oder weiter von ihrer eigenen Situation entfernt sein und etwa das Einkommen anderer oder allgemeine Vermögensunterschiede betreffen.³ Insgesamt sind solche subjektiven Gerechtigkeitsbewertungen dabei mit negativen Konsequenzen sowohl für die und den Einzelnen als auch für die Gesellschaft verbunden. Die Relevanz des Themas soziale Gerechtigkeit spiegelt sich auch in politischen Debatten wider: So trägt der Koalitionsvertrag der Bundesregierung den Titel „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ und spezifiziert: „Ein hohes Beschäftigungsniveau und gerechte Entlohnung sind Grundlage für unseren Wohlstand und die Finanzierung unserer sozialen Sicherung.“ Aus diesem Anspruch heraus wird auch die geplante Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro begründet.⁴

1 OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris (online verfügbar, abgerufen am 11. Januar 2022. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt); Kathryn M. Neckerman und Florence Torche (2007): Inequality: Causes and Consequences. *Annual Review of Sociology* 33, 335–357; Fabian Pfeffer und Nora Waitkus (2021): The Wealth Inequality of Nations. *American Sociological Review*, 86 (4), 567–602.

2 Lane Kaneworthy und Leslie McCall (2008): Inequality, Public Opinion and Redistribution. *Socio-Economic Review* 6, 35–68; Jan Janmaat (2013): Subjective Inequality: A Review of International Comparative Studies on People's Views about Inequality. *European Journal of Sociology* 54 (3), 357–389; Jonathan Mijs (2021): The Paradox of Inequality: Income Inequality and Belief in Meritocracy Go Hand in Hand. *Socio-Economic Review* 19 (1), 7–35; Christina Starmans, Mark Sheskin und Paul Bloom (2017): Why people prefer unequal societies. *Nature Human Behaviour* 1, 1–7.

3 Guillermina Jasso (2015): Thinking, Saying, Doing in the World of Distributive Justice. *Social Justice Research*, 28 (4), 435–478; Guillermina Jasso, Kjell Törnblom und Clara Sabbagh (2016): Distributive Justice. In: Clara Sabbagh und Manfred Schmitt (Hrsg.): *Handbook of Social Justice Theory and Research*. New York, 201–218.

4 SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP (2021): Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). S. 65. (online verfügbar).

Kasten 1

Das Manifesto-Projekt

Das Manifesto-Projekt erfasst Wahlprogramme aus über 50 Ländern und kategorisiert die darin behandelten Themen. In diesem Bericht werden Informationen aus den Wahlprogrammen der jeweils letzten Wahlen auf nationaler Ebene in 24 europäischen Ländern verwendet.¹ Dies umfasst Wahlen zwischen März 2017 (Bulgarien) und September 2021 (Deutschland). Insbesondere wird der Code verwendet, der sich auf das „Konzept der sozialen Gerechtigkeit und die Notwendigkeit einer fairen Behandlung aller Menschen“ bezieht.² Für jedes Land wurde analysiert, wie häufig dieses Thema in den Wahlprogrammen vorkommt. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nicht alle im Manifesto-Projekt erfassten Parteien für die politische Debatte gleichermaßen relevant sind, wurde jedes Wahlprogramm mit dem Stimmenanteil gewichtet, der bei der Wahl erreicht wurde, auf die sich das jeweilige Programm bezieht.

¹ Andrea Volkens et al. (2021): The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2021a (online verfügbar).

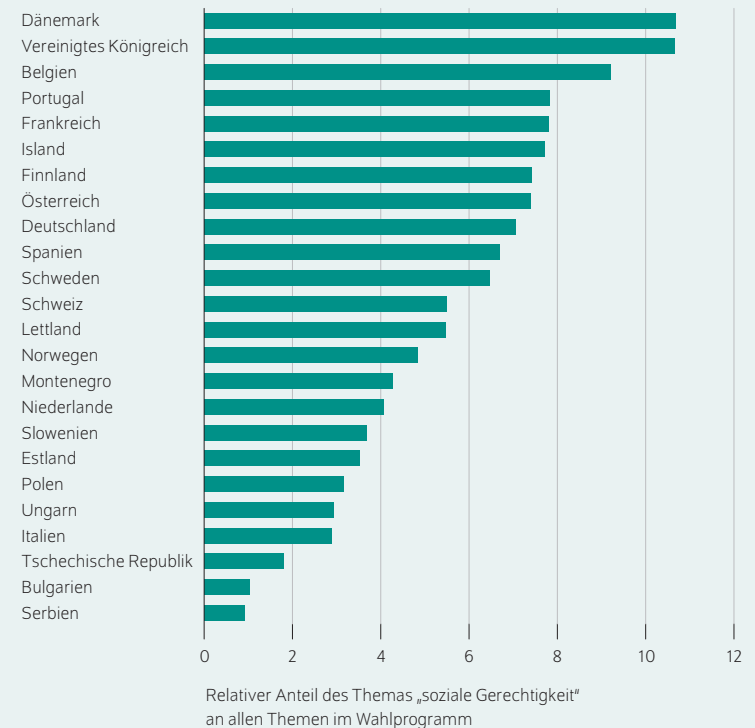
² Code per 503, Definition: Gleichheit: Positives Konzept der sozialen Gerechtigkeit und der Notwendigkeit einer fairen Behandlung aller Menschen. Dies kann Folgendes beinhalten: – Besonderer Schutz für unterprivilegierte soziale Gruppen; – Beseitigung von Klassen-schranken; – Notwendigkeit einer gerechten Verteilung von Ressourcen; – Beendigung von Diskriminierung (beispielsweise rassistische oder sexuelle Diskriminierung).

Erweitert man den Blick darauf, wie häufig das Thema soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen in ganz Europa angesprochen wird, zeigt sich, dass soziale Gerechtigkeit eine relevante Kategorie in politischen Debatten in Europa zu sein scheint (Abbildung 1). Das Manifesto-Projekt analysiert den Inhalt von Wahlprogrammen und kategorisiert die von den einzelnen Parteien angesprochenen Themen anhand eines vorgegebenen Schemas (Kasten 1). Während das Thema soziale Gerechtigkeit von den politischen Parteien in allen untersuchten Ländern behandelt wird, findet es in West- und Nordeuropa mehr Beachtung als in Osteuropa.

Der Blick in die Wahlprogramme erzählt jedoch nur eine Seite der Geschichte und es bleibt unklar, wie sehr sich die Bevölkerung um soziale Gerechtigkeit sorgt und inwieweit sie Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen erkennt. Dass BürgerInnen Ungleichheit feststellen, muss dabei nicht zwangsweise bedeuten, dass sie politische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit unterstützen.⁵ Untersuchungen haben vielmehr gezeigt, dass die Menschen in Deutschland und Europa nicht absolute Gleichheit befürworten. Viele geben stattdessen an, dass Einkommen und Vermögen so verteilt werden sollen, dass

⁵ Charlotte Cavaillé und Kris-Stella Trump (2015): The Two Faces of Social Policy Preferences. *The Journal of Politics* 77 (1), 146–160.

Abbildung 1

Anteile von sozialer Gerechtigkeit in Wahlprogrammen
In Prozent

Anmerkungen: Für jedes Land wurden die Parteiprogramme der wichtigsten Parteien für die letzte Wahl auf nationaler Ebene berücksichtigt und mit dem Stimmenanteil gewichtet, den diese Parteien bei der jeweiligen Wahl erhielten.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: Manifesto Data Collection, Version 2021a.

© DIW Berlin 2022

Soziale Gerechtigkeit wird in Wahlprogrammen in ganz Europa thematisiert, aber in den nord- und westeuropäischen Ländern häufiger erwähnt.

die Grundbedürfnisse der Menschen gedeckt werden, aber gleichzeitig auch individuelle Leistungen belohnt werden.⁶

Es ist eine komplexe Frage, ob solche normativen Präferenzen dazu führen, dass mehr Menschen sozialpolitische Maßnahmen befürworten. Dabei muss zwischen Eigeninteresse und Präferenzen für andere abgewogen werden.⁷ Ein umfassender Blick auf die Gerechtigkeitsbewertung bestehender Ungleichheiten kann dabei den Schlüssel zur Entwicklung politischer Maßnahmen liefern, die die von den BürgerInnen identifizierten Gerechtigkeitsdefizite adressieren.⁸

⁶ Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig (2019): Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet, DIW Wochenbericht Nr. 45, 817–825; Jule Adriaans und Stefan Liebig (2021): Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa. In: Datenreport 2021. Bonn: Bundeszentrale für politische Aufklärung, 278–285.

⁷ Matthew Dimick, David Rueda und Daniel Stegmüller (2018): Models of Other-Regarding Preferences, Inequality, and Redistribution. *Annual Review of Political Science*, 21 (1), 441–460.

⁸ Toni Rodon und Marc Sanjaume-Calvet (2020): How Fair Is It? An Experimental Study of Perceived Fairness of Distributive Policies. *The Journal of Politics* 82 (1), 384–391.

Kasten 2

European Social Survey

Der European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende Befragung, die seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführt wird. Der ESS umfasst ein breites Spektrum europäischer Länder und bietet hochwertige Umfragedaten aus repräsentativen Stichproben der einzelnen Teilnehmerländer.¹ Jede Befragungswelle des ESS besteht dabei aus einem wiederholten Kernprogramm und wechselnden thematischen Fragebogenmodulen. Ein spezielles Modul mit dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit und Fairness in Europa“ wurde in die jüngste Welle des ESS (Runde neun, durchgeführt in den Jahren 2018 und 2019) aufgenommen.² Die Befragung wurden in 29 europäischen Ländern durchgeführt und die Auswertungen umfassen insgesamt mehr als 26 500 Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren.

Gerechtigkeitsprofile

Es wurde untersucht, welche Antwortprofile sich in Europa in Bezug auf die Gerechtigkeitsbewertung von Einkommen und Vermögen finden lassen. Es wurden also Gruppen von Befragten identifiziert, die Einkommens- und Vermögensungleichheiten ähnlich bewerten. Dies stützt sich auf sechs verschiedene Fragen, in denen die Befragten die Gerechtigkeit ...

¹ Siehe zum Beispiel Christian Schnaudt et al. (2014): The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential. Schmollers Jahrbuch 134, 487–506. Nach vorheriger Registrierung können die Daten online abgerufen werden (online verfügbar).

² European Social Survey (2018): ESS Round 9 Module on Justice and Fairness – Question Design Final Module in Template, London: ESS ERIC Headquarters, City, University of London.

- ihres eigenen Brutto- sowie Nettoerwerbseinkommens,
- des Einkommens, das andere, die im gleichen Beruf arbeiten, erhalten,
- die jeweils höchsten und niedrigsten zehn Prozent der Einkommen im jeweiligen Land und
- die Vermögensunterschiede im Land

bewerten. Für jede der sechs Einschätzungen wurde untersucht, ob die Befragten diese Einkommens- und Vermögensunterschiede als ungerecht oder gerecht bewerten. Um Antwortprofile zu identifizieren, die die Gerechtigkeitsbewertung der Einkommens- und Vermögensunterschiede erfassen, wurde eine latente Klassenanalyse (LCA) verwendet.³ Die LCA identifiziert Gruppen von Befragten, die in ähnlicher Weise auf die sechs beobachteten Gerechtigkeitsbewertungen antworteten. Vier verschiedene solcher Gruppen werden hier identifiziert und jede befragte Person wird einer dieser Gruppen zu geordnet.

Um den Zusammenhang zwischen diesen Gerechtigkeitsprofilen und der Präferenz für Umverteilung zu untersuchen, wurde auf die Zustimmung oder Ablehnung der Befragten zu der Aussage „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ zurückgegriffen. Die Befragten konnten ihre Antwort anhand von fünf Antwortkategorien differenzieren: „Lehne stark ab“, „Lehne ab“, „Weder noch“, „Stimme zu“, und „Stimme stark zu“.

³ Alle Analysen können im OSF-Repository abgerufen werden (online verfügbar).

Vier unterschiedliche Gerechtigkeitsprofile in Europa: KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-Quo-BefürworterInnen

Im Rahmen der neunten Befragungswelle des European Social Survey (ESS), die zwischen 2018 und 2019 durchgeführt wurde, wurden Personen aus 29 europäischen Ländern um Gerechtigkeitsbewertungen gebeten. Die Befragten bewerteten ihr eigenes Erwerbseinkommen, die Einkommen anderer innerhalb ihrer Berufsgruppe, die Einkommen der oberen und unteren zehn Prozent der Einkommensverteilung des Landes sowie die Vermögensunterschiede im Land. Um gleichzeitig Bewertungen des eigenen Erwerbseinkommens und auch der Einkommen anderer abdecken zu können, werden nur die Antworten von erwerbstätigen Befragten betrachtet. Diese Bewertungen wurden genutzt, um die Befragten in Gruppen mit ähnlichen Bewertungsprofilen einzuordnen. Mithilfe einer latenten Klassenanalyse (LCA) (Kasten 2) wurden dabei vier unterschiedliche Antwortmuster identifiziert. Diese Muster werden im Folgenden als Gerechtigkeitsprofile bezeichnet. Die mit 51 Prozent

der Befragten größte Gruppe in Europa bewertet tendenziell alle abgefragten Bereiche als ungerecht und kann demnach als die Gruppe der *KritikerInnen* bezeichnet werden (Abbildung 2). Ein weiteres Drittel der Befragten gehört zur zweitgrößten Gruppe: diejenigen, die ihr eigenes Einkommen und das Einkommen ihrer Berufsgruppe als gerecht, die Einkommen der unteren zehn Prozent, die Einkommen der oberen zehn Prozent und Vermögensunterschiede aber als ungerecht bewerten. Diese Gruppe wird hier als *AltruistInnen* bezeichnet, da sie sich um andere sorgen und die Einkommens- und Vermögensverteilung kritisch bewerten, obwohl sie ihr eigenes Einkommen für gerecht halten. Außerdem gibt es zwei weitere, kleinere Gruppen, die als *Status-quo-BefürworterInnen* (neun Prozent) und als *Benachteiligte* (sieben Prozent) bezeichnet werden können. Die Befragten in der *Status-quo*-Gruppe sehen in der Regel keine Ungerechtigkeit in Bezug auf das eigene Einkommen, das Einkommen der anderen in der Gesellschaft oder in Bezug auf Vermögensunterschiede. Einkommen und Vermögen sind nach Ansicht dieser Befragten insgesamt gerecht verteilt. Die Befragten aus der Gruppe der *Benachteiligten* hingegen

neigen dazu, ihre eigene Situation als ungerecht, die Einkommen anderer sowie Vermögensunterschiede in der Gesellschaft im Allgemeinen jedoch als gerecht zu bewerten. Interessanterweise werden untere Einkommen zwar von den meisten Befragten eher als ungerecht bewertet, aber die *Benachteiligten* bewerten sie wesentlich häufiger als gerecht als *KritikerInnen* und *AltruistInnen*. Auch in der Gruppe derjenigen, die eher zum *Status quo* tendieren, werden die untersten Einkommen im Vergleich zu allen anderen Bewertungen am ehesten als ungerecht bewertet. *Benachteiligte* und *Status-quo*-BefürworterInnen stufen zudem die obersten Einkommen deutlich häufiger als die unteren Einkommen als gerecht ein. Zusammengefasst liefert dieses Muster Hinweise darauf, wo die jeweilige Gruppe Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung sieht: Während für *Benachteiligte* und *Status-quo*-BefürworterInnen – wenn überhaupt – das Gerechtigkeitsdefizit bei den unteren Einkommen zu liegen scheint, ist für *KritikerInnen* und *AltruistInnen* Einkommensungerechtigkeit sowohl bei den sehr niedrigen als auch bei sehr hohen Einkommen ein Problem. Allerdings ist anzumerken, dass selbst in der Gruppe der *KritikerInnen* obere Einkommen im Vergleich zu den anderen Bewertungen am häufigsten als gerecht bewertet werden, was die grundlegende Akzeptanz des Leistungsprinzips in Europa widerspiegelt.⁹

Trotz hohem Anteil von KritikerInnen in Osteuropa ist das Thema soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen kaum präsent

Die vier Gerechtigkeitsprofile und ihre Verbreitung in Europa deuten darauf hin, dass soziale Gerechtigkeit ein Anliegen der Mehrheit der europäischen Erwerbstätigen ist und daher politisch aufgegriffen werden sollte. Eine Auswertung von Wahlprogrammen in Europa hat bereits einige Länderunterschiede bei der Bedeutung des Themas soziale Gerechtigkeit in politischen Debatten aufgezeigt. Darauf aufbauend wird untersucht, wie häufig die vier Gerechtigkeitsprofile in den 29 untersuchten europäischen Ländern vorkommen (Abbildung 3).

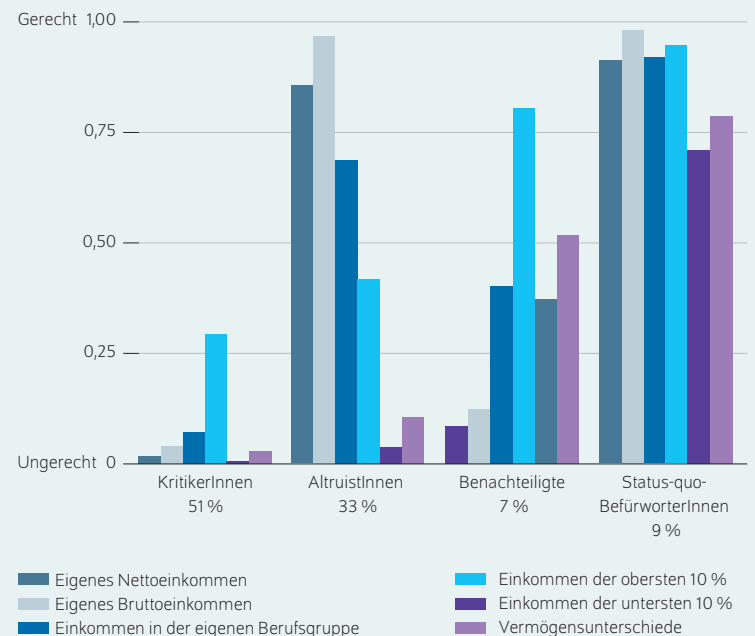
Ähnlich wie bei den Wahlprogrammen zeigt sich auch bei der Verteilung der vier Gerechtigkeitsprofile eine deutliche Kluft zwischen den osteuropäischen Ländern einerseits und den nord- und westeuropäischen Ländern andererseits. Allerdings scheint sich das Muster umzukehren: Während in den osteuropäischen Ländern das Thema soziale Gerechtigkeit in den Parteiprogrammen weniger präsent ist, überwiegen in diesen Ländern die *KritikerInnen*. Dies deutet auf eine Diskrepanz zwischen den Ansichten der BürgerInnen und den von den politischen Parteien angesprochenen Themen besonders in dieser Region hin.

Andererseits sind die *AltruistInnen* – also diejenigen, die das Einkommen anderer als ungerecht, ihr eigenes Einkommen aber als gerecht empfinden – in den nord- und westeuropäischen Ländern, in denen soziale Gerechtigkeit auch in den

Abbildung 2

Gerechtigkeitsprofile bei der Bewertung des eigenen Einkommens, des Einkommens anderer und der Vermögensunterschiede

Wahrscheinlichkeit, Dimension als gerecht zu bewerten



Anmerkungen: Die vier Gerechtigkeitsprofile sind das Ergebnis einer latenten Klassenanalyse (LCA). Für jedes Profil ist die Wahrscheinlich dargestellt, dass eine Dimension als gerecht bewertet wird.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

KritikerInnen und AltruistInnen, die breite Ungerechtigkeiten feststellen, sind in Europa am weitesten verbreitet.

Parteiprogrammen mehr Beachtung findet, stärker vertreten. In diesen Ländern sind auch die *Benachteiligten* häufiger zu finden. Der erhöhte Anteil von *AltruistInnen* und *Benachteiligten* in Ländern wie Dänemark, den Niederlanden und Schweden deutet darauf hin, dass reichere Kontexte vielfältigere Gerechtigkeitsprofile aufweisen und dementsprechend aus sozialpolitischer Sicht eine größere Herausforderung darstellen könnten.

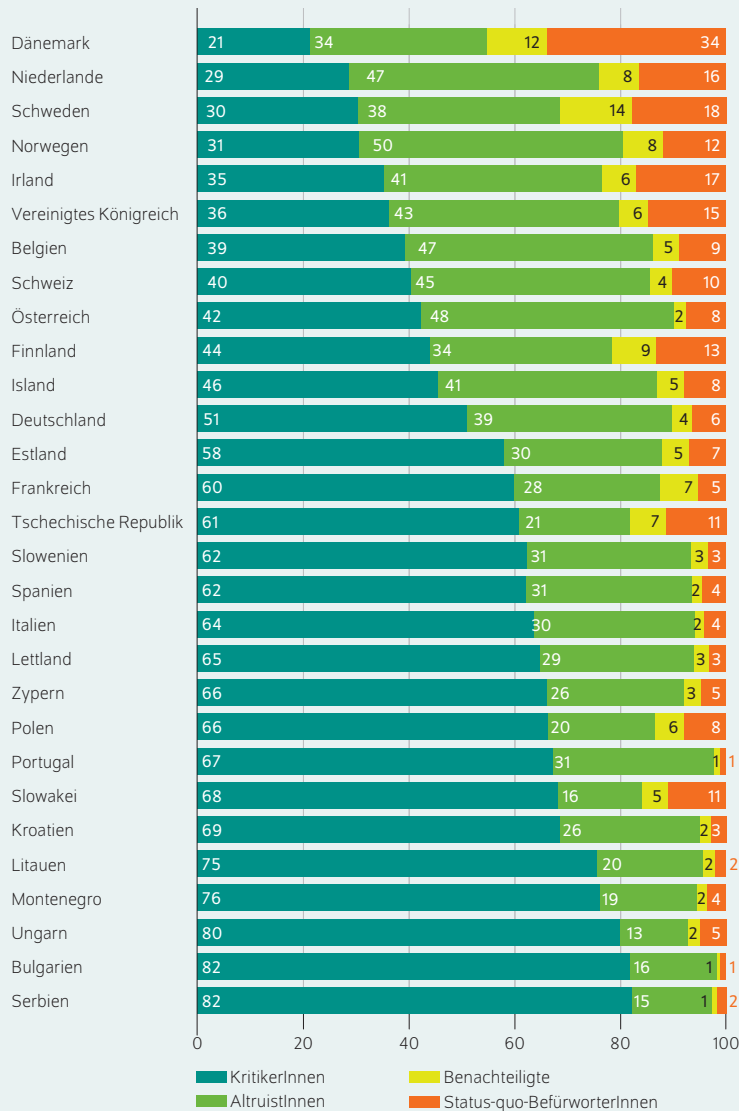
KritikerInnen und AltruistInnen befürworten eher Umverteilung

Ungerechtigkeitsbewertungen in Bezug auf Einkommen und Vermögen stellen eine Herausforderung für politische Systeme dar. Wohlfahrtsstaaten können dieser Herausforderung mit Umverteilungsmaßnahmen begegnen. Eine Frage für Sozialpolitik und Sozialwissenschaften ist daher, welche BürgerInnen solche Umverteilungsmaßnahmen unterstützen oder ablehnen. In diesem Sinne wurde der Zusammenhang zwischen den Gerechtigkeitsprofilen und der Aussage, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu verringern, untersucht.

⁹ Adriaans et al. (2019), a.a.O.

Abbildung 3

Häufigkeit der Gerechtigkeitsprofile in Europa Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Zugehörigkeit zu den Gerechtigkeitsprofilen wird auf Basis einer latenten Klassenanalyse (LCA) vorhergesagt. In einigen Ländern kann sich die Summe aufgrund von Rundungen nicht auf 100 addieren.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

In Osteuropa dominieren KritikerInnen, während in den reicheren nord- und westeuropäischen Ländern AltruistInnen die größte Gruppe bilden.

Insgesamt unterstützen alle Profile diese Aussage. Es zeigt sich allerdings, dass unter den vier Profilen sowohl die *KritikerInnen* als auch die *AltruistInnen* Umverteilung stärker unterstützen als die *Benachteiligten* und diejenigen, die dazu neigen, den *Status quo* als gerecht zu bewerten (Abbildung 4). Dieses Muster ist zu erwarten, da die Befragten in den erstgenannten Gruppen dazu neigen, Ungerechtigkeit in einer Reihe von Dimensionen festzustellen, einschließlich derjenigen, die sich auf das Einkommen anderer und

die allgemeinen Vermögensunterschiede beziehen. Bei den *KritikerInnen* ist die Präferenz für Umverteilung sogar noch höher als bei den *AltruistInnen*. Diese Tendenz könnte darauf zurückzuführen sein, dass es zwar im Interesse der *AltruistInnen* liegt, das Einkommen anderer und allgemeine Vermögensunterschiede zu adressieren, aber das eigene Einkommen, das sie als gerecht bewerten, nicht zu verändern. Die *Benachteiligten* hingegen befürworten Umverteilung weniger stark, da sie vermutlich in erster Linie anstreben, ihr eigenes Einkommen zu verbessern und nicht Einkommens- und Vermögensunterschiede im Allgemeinen zu adressieren. Die geringste Unterstützung für Umverteilung findet sich bei den Befragten in der *Status-quo*-Gruppe. Einerseits ist dies ein erwartetes Muster, da die *Status-quo*-BefürworterInnen Einkommen und Vermögen generell als gerecht bewerten, was keine Wünsche nach Veränderungen nahelegt. Andererseits unterstreicht die stärkere Umverteilungspräferenz bei *KritikerInnen* und *AltruistInnen* auch, dass die Befragten in Europa die Reduktion von Einkommensunterschieden als eine mögliche politische Antwort auf die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ansehen. Wenn bestehende Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen als gerecht bewertet werden, erhalten Maßnahmen zu ihrer Beseitigung weniger Unterstützung.

Weitverbreitete Sorge um soziale Gerechtigkeit in Europa

Die zunehmenden Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen stehen im Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Debatten – soziale Gerechtigkeit findet in Wahlprogrammen in ganz Europa Beachtung. Doch wie bewerten die BürgerInnen die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen? Es wurden sechs Gerechtigkeitsbewertungen zu Einkommen und Vermögen aus der jüngsten Welle des European Social Survey untersucht, um die zugrundeliegenden Gerechtigkeitsprofile von Erwerbstätigen in Europa zu identifizieren. Die größte Gruppe sind die *KritikerInnen*, die Ungerechtigkeit in Bezug auf ihr eigenes Einkommen, die Einkommen anderer und die allgemeinen Vermögensunterschiede feststellen. Diese Gruppe ist in Osteuropa besonders stark vertreten, was eine Kluft zwischen den Sorgen der Gesellschaft um soziale Gerechtigkeit und der vergleichsweise geringen Aufmerksamkeit für soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen in Osteuropas aufzeigt.

Die zweitgrößte Gruppe – die *AltruistInnen* – neigen dazu, ihre eigene Situation als gerecht zu bewerten, stellen aber Ungerechtigkeit in Bezug auf das Einkommen anderer und die allgemeinen Vermögensunterschiede fest und zeigen damit, dass ihnen soziale Gerechtigkeit über ihre eigene Situation hinaus am Herzen liegt. Die *Benachteiligten* hingegen bewerten vor allem ihre eigene Situation als ungerecht, während die vierte Gruppe dazu neigt, den *Status quo* der Einkommens- und Vermögensverteilung als gerecht zu bewerten. Während die beiden letztgenannten Gruppen insgesamt einen relativ kleinen Anteil der Befragten in Europa ausmachen, sind sie in den reicheren nordeuropäischen Ländern stärker vertreten.

Insgesamt stellt die Mehrheit der Erwerbstätigen in Europa Ungerechtigkeiten in Bezug auf Einkommens- und Vermögensunterschiede fest. Dabei gilt für alle Profile, dass die untersten Einkommen jeweils häufiger als ungerecht bewertet werden, als dies für die obersten Einkommen innerhalb des jeweiligen Profils der Fall ist – was darauf hindeutet, dass die Sozialpolitik in ganz Europa gefordert ist, diese Ungerechtigkeiten anzugehen. Die Umfragedaten wurden jedoch vor der COVID-19-Pandemie erhoben. Da die Pandemie bestehende Ungleichheiten teilweise verstärkt und verfestigt¹⁰ und gesellschaftliche Konflikte im Hinblick auf die gerechte Verteilung von Finanzhilfen und Umverteilungspolitik ausgelöst hat, könnte die Sorge um soziale Gerechtigkeit nun sogar noch größer geworden sein. Außerdem beschränkt sich die Analyse auf erwerbstätige Personen – womöglich identifizieren nicht-erwerbstätige Personen noch deutlichere Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Abgesehen von einer allgemeinen Sorge um soziale Gerechtigkeit in Europa zeigt sich, dass diejenigen, die weitverbreitete Ungerechtigkeiten – entweder in Bezug auf sich selbst und andere oder nur in Bezug auf andere – feststellen, auch eine stärkere Präferenz für Umverteilung zeigen als diejenigen, die zur Gruppe der *Status-quo-BefürworterInnen* oder der *Benachteiligten* gehören. Dieser Zusammenhang unterstreicht, dass aus Sicht der Befragten die Reduktion von Einkommensunterschieden eine geeignete politische Antwort auf Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung sein kann.

Allerdings hat die Frage, die zur Erfassung der Umverteilungspräferenz verwendet wurde, einen großen Nachteil: Sie fragt nicht ab, wer Geber oder Nehmer im Umverteilungsprozess sein sollte. Dies erscheint besonders dann relevant, wenn man bedenkt, dass sich die vier Gerechtigkeitsprofile nicht nur darin unterscheiden, ob sie Ungerechtigkeit wahrnehmen, sondern auch, wo diese Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung zu finden sind.

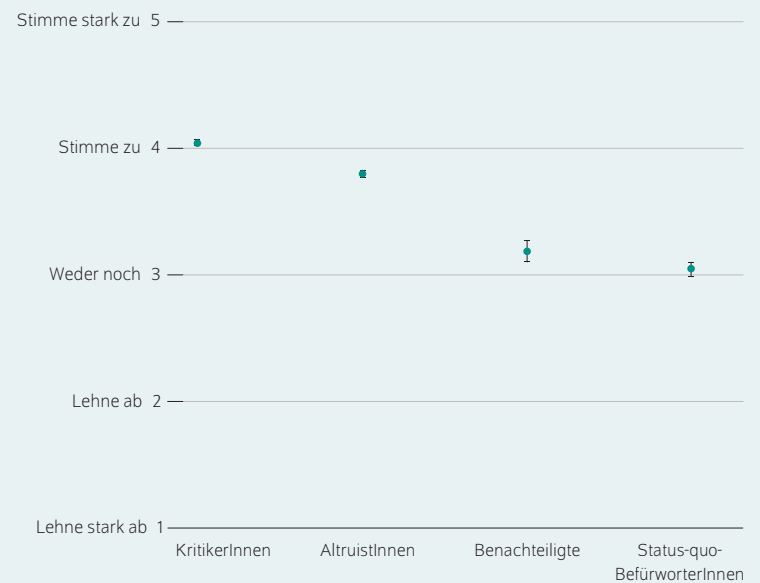
In Ländern, in denen umfassende Ungerechtigkeit in Bezug auf Einkommen und Vermögen wahrgenommen wird, könnten sozialpolitische Maßnahmen mit breiten Umverteilungseffekten in Betracht gezogen werden. In Anbetracht seines großen Umverteilungspotenzials¹¹ könnte zum Beispiel gerade in Ländern, in denen die *KritikerInnen* überwiegen, ein bedingungsloses Grundeinkommen die umfangreichen Ungerechtigkeitswahrnehmung der BürgerInnen

¹⁰ Johannes Seebauer, Alexander S. Kritikos und Daniel Graeber (2021): Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind. DIW Wochenbericht Nr. 15, 262–269; Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2021): Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil – Vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. DIW Wochenbericht Nr. 9, 131–139.

¹¹ Philippe Van Parijs und Yannick Vanderborght (2017): Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy. Cambridge, Massachusetts.

Abbildung 4

Präferenz für Umverteilung nach Gerechtigkeitsprofilen



Anmerkungen: Die Präferenz für Umverteilung wird anhand der Zustimmung zu der Aussage „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ erfasst. Dargestellt sind die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

KritikerInnen zeigen die stärkste Präferenz für Umverteilung, während Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen dies weniger stark unterstützen.

aufgreifen.¹² In Ländern mit einem hohen Anteil an Befragten, die zur Gruppe der Benachteiligten gehören – zum Beispiel Dänemark – könnte es dagegen schwierig sein, in der Bevölkerung starke Unterstützung für breit angelegte Umverteilungsmaßnahmen zu finden. Hier sollten sozialpolitische Maßnahmen vermutlich stärker Ungerechtigkeiten auf individueller Ebene adressieren und Arbeitsplätze mit einem fairen Einkommen fördern. Denkbar wären ein verbesserter Arbeitsschutz im Niedriglohnbereich oder die Erhöhung von Mindestlöhnen, die insbesondere auf eine Verbesserung von Monatseinkommen und nicht nur des Stundenlohns abzielt.¹³

In Deutschland hingegen kann nur ein kleiner Teil der Befragten als *Status-quo-BefürworterInnen* oder *Benachteiligte* eingestuft werden, was auf ein insgesamt starkes Interesse an sozialer Gerechtigkeit hindeutet. Bei der Gestaltung von Maßnahmen, um Ungerechtigkeiten in

¹² Passend dazu zeigt sich in Ländern wie Litauen, Ungarn oder Slowenien, die einen hohen Anteil von *KritikerInnen* aufweisen, eine starke Zustimmung zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Siehe dazu Jule Adriaans, Stefan Liebig und Jürgen Schupp (2019): Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten, DIW Wochenbericht Nr. 15, 263–270.

¹³ Alexandra Fedorets und Mattis Beckmannshagen (2021): Mindestlohn: Nicht nur die Höhe ist entscheidend. DIW Aktuell Nr. 61, 1–6. Adam Storer und Adam Reich (2021): 'Losing My Raise': Minimum wage increases, status loss and job satisfaction among low-wage employees. Socio-Economic Review 19 (2), 681–709.

GERECHTIGKEITSPROFILE

der Einkommens- und Vermögensverteilung zu reduzieren, sollten politische AkteurInnen jedoch berücksichtigen, dass ein erheblicher Anteil der Befragten in Deutschland zur Gruppe der *AltruistInnen* gehört. Unter diesen Befragten, die ihre eigene Situation und auch die obersten Einkommen häufig als gerecht einschätzen, könnten

sozialpolitische Maßnahmen, die die Not der Ärmsten beheben, besonders große Unterstützung finden. Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines Bürgergelds und ein erhöhter Mindestlohn scheinen daher mit der beobachteten Struktur der Gerechtigkeitsprofile übereinzustimmen.

Cristóbal Moya ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse sozialer Ungleichheiten an der Universität Bielefeld | crisobal.moya@uni-bielefeld.de

Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | jadriaans@diw.de

JEL: D31, D63, J30

Keywords: Social justice, Income and wealth inequalities, Europe

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 9/2022:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 16. Februar 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Lektorat

Boryana Ilieva; Virginia Sondergeld; Clara Schäper

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter